

# Hepins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 19

Der Preis umfasst jeden Sonntags.  
Abonnementpreis M. 1,50 pro Monat.  
Abdruck und Repro.: Rauschung 25,  
Gesamtkosten 30. Januar 5, 9246.

hamburg, den 12. Mai 1917

Anzeigen kosten die flächenfeste Neu-  
partie je Zeile oder deren Raum 50 Pf. (Der  
Betrag ist bei uns vorher einzuzahlen).  
Verbandsanzeigen kosten 25 Pf. die Zeile.

31. Jahrg.

## Misverhältnis zwischen Löhnen und Nahrungsmittelpreisen.

Schließlich wurde in der Tagesspresse ein Artikel aus dem "B. T. W." veröffentlicht, der sich mit dem Misverhältnis zwischen Löhnen und Nahrungsmitteln in England beschäftigte. Unter anderem wird darin ausgeführt:

Die soeben veröffentlichten amtlichen englischen Zahlen über die Lohnerschöhungen während des Krieges sind anscheinend so enttäuschend, daß Prozentziffern nicht gegeben werden. Es wird nur gesagt, daß die Lohnerschöhung für 2 985 684 befragte Arbeiter in elf Monaten des Jahres 1916 wöchentlich 584 282 Pfund Sterling ausgemacht habe. Die Geschäftslohnerschöhungen in den zwei Kriegsjahren hätten für drei Millionen Arbeiter 1 200 000 Pfund Sterling in der Woche ausgemacht. Diese, ihrer absoluten Höhe nach „gewaltigen“ Ziffern sollen dem Unklugen ein falsches Bild geben. Beträgt doch die Erhöhung der Löhne während des Krieges pro Mann und Woche, von diesen Ziffern berechnet, nur etwa acht Shilling d. h. M. 8 in der Woche. Bedeutet man, daß die Wochenlöhne in England 80 bis 40 Shilling in Friedenszeiten betrugen, so sind diese amtlich ermittelten M. 8 pro Woche sicherlich ein sehr geringer Zusatzl. Denn man muß sich vergegenstrecken, daß nach amtlichen englischen Feststellungen in Friedenszeiten bei einem Arbeitereinkommen von etwa M. 88 in der Woche allein M. 22 für Lebensmittel verausgabt wurden, während diese seit Kriegsbeginn generell um 80 vom Hundert, die wichtigsten von ihnen aber, wie Brot, Mehl, Fleisch, Fische, Butter, Milch und Kartoffeln, um 100 bis 150 vom Hundert im Preise gestiegen sind. Diejenigen englischen Löhne stehen also angesichts der geringen Erhöhungen für die große Masse der Arbeiter in einem schroffen Misverhältnis zu den Kosten der Ernährung.

Unstrittig ist es ein schroffes Misverhältnis, wenn die Lebensmittel um 80 bis 150 p. zt. im Preise steigen, die Löhne dagegen nur um 20 bis 80 p. zt. Das gilt jedoch nicht bloß für das Ausland, sondern auch für Deutschland. Letzter sind in der Rüstungsindustrie, auch in einigen anderen Betrieben, die Löhne beträchtlich gestiegen, wenn nicht in dem Maße, daß man allgemein sagen kann, daß die heutigen Löhne in solchen Betrieben die Arbeiter den Stand seien, die Teuerung auszuhalten. Tatsache ist, daß nur ein kleiner Prozentz. der Arbeiterschaft nimmermehr entloht wird und eine allgemeine Steigerung der Löhne um M. 8 die Woche im Durchschnitt nicht zu erwarten ist. Die große Masse der Arbeiterschaft hat mit verhältnismäßig geringfügigen Lohnerschöhungen rechnen müssen, hauptsächlich da, wo die Geschäftslage verniedlicht ist. Das Misverhältnis zwischen Lohn und Lebensmittel ist aber auf diese Weise immer größer geworden, wie es in unserem Gewerbe sehr deutlich zum Ausdruck kommt. Da eine Ausgleichung dieses Misverhältnisses durch Herabsetzung der Lebensmittelpreise in der Friedenszeit nicht zu erwarten ist, muß von den Arbeitern ein notwendiger Ausgleich durch Lohnerschöhung oder Teuerungszulage erstrebt werden. Diesem Streben konnte sich bisher auch die Regierung nicht entziehen; sie wird auch fernerhin mit beitragen müssen, ihm Nachdruck zu verschaffen, wenn es nicht gelingen sollte, durch beiderseitige Verhandlungen einen entsprechenden Ausgleich für steigende Kosten der Lebenshaltung zu treffen.

In der soeben erschienenen Nummer 18 der "Berliner Malerzeitung" gibt der Verband der Malereigeschäfte von Berlin und den Vororten die Beschlüsse bekannt, die die Versammlung der Malermeister von Berlin und den Vororten am 17. April dieses Jahres zur Teuerungszulage festgestellt haben. Danach wird vom 30. April ab die am 7. Februar 1916 beschlossene Teuerungszulage von 6 % auf 25 % pro Stunde erhöht. In dieser Erhöhung seien alle besonderen Zuwendungen, welche die Arbeitgeber des Malergewerbes von Berlin und den Vororten seit dem 1. Januar 1916 ihren Arbeitnehmern gewährt haben, miteinbezogen;

Arbeitslohn und Teuerungszulage seien bei der Lohnberechnung getrennt aufzuführen. Zu Anbetracht der verteuerten Lebenshaltung gaben die Malermeister ihren Gehilfen diese Bulogen freiwillig, behielten sich aber das Recht vor, bei erhöhten Lohnforderungen oder Fortfall der Teuerung die Bulogen zu ermäßigen oder ganz abzusehen. Die Beschlüsse sind für die Verbandsmitglieder und die angeschlossenen Malerinnungen bindend und sollen in den Werkstätten zur Kenntnis der Arbeitnehmer gebracht werden.

Durch diesen Beschluß haben die Berliner Malermeister gegenüber einer Reihe anderer Städte, die bedeutend weniger zugestanden oder bisher noch keine neuen Teuerungszulagen bewilligt haben, ein durch die Zeit bedingtes nachahmenswertes Beispiel gegeben.

Mit Recht betonte schon früher der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes im Malergewerbe: "Die Erfahrung lehrt, daß diejenigen Gewerbe, die die geringsten Löhne zahlen, auch die sozial am schlechtesten gestellten Arbeitgeber haben, deshalb muß man auch die berechtigten Bestrebungen der Gehilfenschaft anerkennen, und dazu gehören auch die Zeiten entsprechende Lohnaufhöserungen." Selbstverständlich besteht trotzdem zwischen Lohn und Lebensosten unserer Berliner Kollegenschaft noch ein großes Misverhältnis, da die Teuerungszulage von 30 p. zt. durchaus noch keinen hinreichenden Ausgleich bietet gegenüber den jetzigen ungeheuren Lebensmittelpreisen. In welchem Maße die Preissteigerungen für Lebensmittel vor sich gegangen sind, das erhellt häufig genug aus den von Arbeiterfamilien aufgestellten Haushaltungsrechnungen. Die "Metallarbeiterzeitung" brachte fürzlich ein lehrreiches Beispiel dafür durch folgende Gegenüberstellung. Im Jahre 1900 veröffentlichte der Deutsche Metallarbeiterverband das Ergebnis von 820 Haushaltungsrechnungen von Metallarbeitern. Im Durchschnitt wurde danach jährlich von einer Haushaltung verausgabt:

	1900	1916
Brot	M. 174	M. 200
Kartoffeln	" 85	" 62
Milch	" 88	" 125
Fleisch	" 157	" 550
Gier	" 80	" 180
Wurst	" 87	" 210
Fische	" 10	" 60
Butter	" 67	" 146
Käse	" 14	" 42
Zette, Oele	" 50	" 120
Gemüse	" 20	" 40
Hülsenfrüchte	" 8	" 24
Mehl	" 20	" 25
Suppeneinlage	" 12	" 36
Gewürze	" 9	" 22
Zucker	" 23	" 25
Obst	" 22	" 80
Kaffee, Tee	" 83	" 115
Genußmittel (Bier, Seltwasser, Zigarren usw.)	" 115	" 175
Zusammen...	M. 974	M. 2197

Wenn also eine Familie die gleiche Menge Lebensmittel wie vor dem Kriege einkaufen könnte, so müßte sie statt M. 974 M. 2197 bezahlen, das sind M. 1223 mehr, was einer Preissteigerung von rund 125 p. zt. entspricht. Eine Anzahl der angeführten Lebensmittel ist nun überhaupt nicht oder in nicht genügender Menge zu erlangen. Der Arbeiter ist gezwungen, andere Sachen, das heißt teure Ernährungsmittel zu kaufen, so daß er noch mehr für den Lebensunterhalt ausgeben muß, die Preissteigerung demnach noch eine größere wird. Sollte also ein der Lebensmittelsteigerung entsprechender Verdienstausgleich herbeigeführt werden, dann müßten die Löhne und Gehälter um mindestens 125 p. zt. erhöht werden. Daß nun in unserem Gewerbe ein solcher Aufstieg zu erwarten wäre, dieser Hoffnung wird sich jedoch kein Kollege hingeben haben; die allgemeine wirtschaftliche Lage zieht dem Malergewerbe bestimmte Grenzen, deren Beachtung wir uns nicht entziehen können. Aber unmöglich ist es, daß sich unsere Kollegen mit einer Teuerungszulage von wenigen Pfennigen für die Stunde in der Höhe der vorjährigen zufrieden geben können. Eine Preisregulierung für die auszuführenden

Maler- und Anstreicherarbeiten werden die Arbeitgeber unter den obwaltenden Umständen bestimmt durchführen müssen, die Notwendigkeit dazu liegt vor; aber entschieden so notwendig ist jetzt die Durchführung einer nennenswerte erhöhte Teuerungszulage auf der ganzen Linie für alle im Berufe noch tätigen Arbeiter in allen Orten, wo den berechtigten Vorberungen unserer Kollegenschaft noch nicht entsprochen worden ist. Der Hauptvorstand des Arbeitgeberverbandes hat der Initiative der Gehilfenschaften Rechnung getragen, bei einem Teile der Meisterschaft ist man ebenfalls der Bewegung mit der nötigen Einsicht entgegengelommen; aber noch fehlt es, an so vielen Stellen wirksam eingreifen, um einigermaßen einen Ausgleich der gewaltigen Preissteigerungen durch angemessene Teuerungszulagen anzustreben. Ohne weiteres sollte man erwarten, daß auch in diesen Kreisen die Notwendigkeit der Erhöhung des Lohnes als selbstverständlich angesehen wird angesichts des schroffen Misverhältnisses, das noch zwischen den im Malergewerbe gezahlten Löhnen und den gegenwärtigen Nahrungsmittelpreisen besteht.

## Aus dem Jahresbericht der Generalkommission für das Jahr 1916.

(Gesamt)

Die internationale gewerkschaftliche Verbindung ließ sich in den beiden letzten Jahren nur mit den neutralen Ländern aufrechterhalten. Den Anforderungen, den die des Internationalen Gewerkschaftsbundes von Deutschland in ein neutrales Land zu verlegen, konnte nicht folge gegeben werden, weil die Sitzverlegung nur von einer internationalen Gewerkschaftskonferenz beschlossen werden kann. Es ist zweimal versucht worden, eine solche einzurufen. Das erste Mal, als der Antrag auf Sitzverlegung Anfang 1915 gestellt wurde, das zweite Mal, als eine aus vier Ländern bestehende Gewerkschaftskonferenz in Leeds (England) am 5. Juli 1916 beschloß, in Paris ein internationales Korrespondenzbüro einzurichten. Auf Vorschlag der gewerkschaftlichen Landeszentralen der skandinavischen Länder wurde die für den 11. Dezember 1916 nach Bern berufene Konferenz vertagt. Die Konferenz in Leeds hatte auch Arbeiterschutzforderungen formuliert, die im Friedensvertrag Aufnahme finden sollten. Die skandinavische Gewerkschaftskonferenz, die am 10. und 11. November 1916 in Kopenhagen tagte, ersuchte den Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes, diese Forderungen durchzuarbeiten und zur Beratung für eine internationale Gewerkschaftskonferenz vorzubereiten. Die Arbeit ist fertiggestellt und sollte zur Versendung kommen. Diese mußte infolge des verschärften Kriegsaufstandes verschoben werden. Verhandlungen zwischen dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund und der Zentrale der Gewerkschaften Frankreichs hatten das Ergebnis, daß die letzteren sich bereit erklärt, zu einer internationalen Gewerkschaftskonferenz zu delegieren, wenn diese vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund berufen wird. Die Landeszentralen, die während der Kriegszeit Beiträge an den Internationalen Gewerkschaftsbund bezahlt haben, erklärten sich mit dem Vorschlag einverstanden. Seine Ausführung muß so lange ausgezögert werden, bis die Möglichkeit einer Verbindung mit allen Landeszentralen wieder gegeben sein wird.

Der Kassenbericht für das Jahr 1916 weist an Gesamteinnahmen M. 400 484,86 und an Gesamtausgaben M. 440 840,15 auf. Es ergibt sich somit ein Fehlbetrag von M. 40 355,29, wovon M. 3000,08 auf das Unterstützungsonto entfallen. Der Bestand des letzteren beträgt M. 88 219,01 und das Vermögen der Generalkommision M. 338 217,28.

Das "Correspondenzblatt" mußte auch im Berichtsjahr mit dem früher eingeschränkten Umfang vortreten. Die Redaktion war trotz dieser Hemmungen bestrebt, den Gewerkschaftsinteressen während des Krieges auf den verschiedensten Gebieten, besonders in der Kriegsfürsorge und Kriegsernährung, gerecht zu werden. Durch Beschluß der Generalkommision war sie mit der Sozialpolitischen Abteilung in engere Verbindung gebracht worden, um eine bessere Bewertung der dort gesammelten sozial-politischen Materialien zu ermöglichen. Das konnte bereits im Berichtsjahr in mehrfacher Hinsicht durchgeführt werden, so durch eine Artikelreihe über die soziale Arbeitspolitik und die Gewerkschaften, durch eine zweite Artikelreihe über die Entwicklung der deutschen Lebensmittelversorgung und durch eine dritte, noch nicht abgeschlossene Artikelreihe über die Monopolfrage, die nach dem Kriege, neben der Übergangswirtschaft und der Renten-

ierung, eine der aktuellsten Fragen werden dürfte. Die Redaktion hat zur Bearbeitung der einzelnen Gewerbsgruppen Einverständige herangezogen, und diese Werken werden die den kommenden politischen Fortschritten über die Entwicklung zu den wertvollsten Materialien gehören. Das in polnischer Sprache erscheinende Gewerkschaftsblatt „Solidarnosc“ ist im vergangenen Jahre regelmässig als Monat einmal herausgekommen.

Von der Generalkommission sind im vergangenen Jahre folgende Berichte verantworthegeben: R. Umbretti: „Gesetzliche Arbeitsschutz und Gewerkschaften.“ „Die Vereinssatzungswelle von 1916.“ „Die Gewerkschaften und die Politik des 1. August 1914.“ „Gesetz, betreffend den bauernländischen Dienstien.“ Werdens wurden durch die Generalkommission berichtet: Dr. Schift: „Internationale Studien über den Stand des Arbeiterschutzes bei Beginn des Weltkrieges.“ Peter: „Die Geschichte des Sozialismus in England.“

Die Sozialpolitische Abteilung ist neben ihrer Hauptaufgabe der Materialansammlung besonders durch soziale Untersuchungen in Anspruch genommen worden.

Die Aufstellung wichtiger Arbeiterschutzbestimmungen hat den Gewerkschaftlichen Aufschluss auf die Befestigung nochmässiger Arbeitsschutzmaßnahmen und unzureichender Betriebsaufsicht erbracht. Die Veränderungen in den Anordnungen, die wegen Mangels an Rohstoffen zur Einschränkung des Betriebes genötigt sind, hat sozialpolitisch wichtige Konsequenzen gebracht, die seit langem zu den Hauptfragen der Gewerkschaften gehören.

Auf den Weisungen eben wurden Fragen über Arbeitszeitverkürzung und selbst Lebensgewohnheiten infolge der Vermehrung von Geschäftsfällen für Kurzzeit und Kürbislauf, so dass die Sozialpolitische Abteilung gemeinsam mit dem Verband der Männer beim Reichsamte des Innern und beim Reichsgericht befasst wurde. Die Ergebnisse der Untersuchung nochmässig der Gewerkschaften gehörten.

Auf die Gewerkschaften steht die Regelung der Löhne in dem Vordergrund. In einer Eingabe an das Reichsamt des Innern ist die Forderung auf Einschaltung der Arbeitsaufsichten zur Regelung der Löhne eingehend begründet. Vorläufig ist durch eine Verordnung festgestellt, dass zu den Arbeitsaufsichten von Seiten der Gewerkschaften auch Gewerkschaftsangeleitete hinzugezogen werden können.

Das Sekretariat für Bauarbeiterforschung hat seine Tätigkeit besonders den öffentlichen und Industriebauten zugewendet. Um über deren Verhältnisse eine Kenntnis zu gewinnen, ist im Februar 1916 von den in Arbeit befindenden Verbänden die Erstellung eines Belegs eingesetzt worden. Das sich ergebende Material zu alle Verhältnissen über den heutigen Stand des Arbeitsmarktes bei dem jetzigen Bauwesen übertragen und Berichtigung gegeben, den Sekretär für periodischen Ausgabungsinhalt nach einigen Orten beziehungsweise Industriebauernraum zu senden. Gleichzeitig ist durch eine Informationsstelle durch das ostpreussische Verwaltungsbüro des Sekretärs Gelegenheit gegeben, sich von den einschlägigen Verfassungen zu überzeugen.

Dieses Teilsachensmaterial bot die Grundlage zu einem Bericht in der Hochpresse und zu einigen Eingaben an das Reichsamt des Innern, das Kriegsministerium, Ministerium der Bauverwaltung und Ministerium des Innern in Preußen, um schufördernde Maßnahmen zu ergreifen. Außerdem wurde wiederholt berücksichtigt, durch persönliche Unterredung mit den leitenden Ministerialhöfen unter Hinweis auf die mässlichen Zustände Maßnahmen herbeizuführen.

Auch ist es dem Drängen der Sozialpolitischen Abteilung zu danken, dass das Ministerium der Bauverwaltung durch einen Rundschau an die Regierungspräsidenten Befehle für die polizeiliche Regelung des Arbeiter-

schutzes bei Eisenbauten aufgestellt hat, über die wir bereits in Nr. 18 des „Zeitungsanzeiger“ berichteten. Außerdem sind zahlreiche informatorische Abhandlungen über Gewerbehygiene, Unfallverhütung usw. in der Baugewerkschaftspresse veröffentlicht worden.

Die Monopolfrage wurde in einer Studienkommission eingehend behandelt, wobei es sich im wesentlichen darum handelte, gegenüber der übermäßig entworfene wirtschaftliche Wiedergabe der Monopolindustrien Sicherheiten für die Stellung der Arbeiter im Arbeitsvertrag und für die sozialpolitischen Anforderungen zu gewinnen.

Die Frage der Übergangsökonomie hat zur Klärung und Formulierung einer Reihe von Voraussetzungen geführt, die noch weiter bearbeitet und dann an die zuständigen Stellen geleitet und vertreten werden müssen. Auch für die Aufstellung eines Programms unserer sozialpolitischen Forderungen nach dem Kriege sind die Vorarbeiten in Gang.

Die Lebensmittelversorgung ist dauernd

Gegenstand sehr umfangreicher Arbeiten gewesen. Sowohl in der Presse wie im Kriegsvernahrungsamt und im Reichsamt wurden die Mängel der Organisation und die ungleiche Bereitstellung wichtiger Nahrungsmittel kritisiert. Mängel unserer Forderungen wurden erfüllt. Wenn die Sorgen um die Beschaffung der notwendigen Nahrungsmittel nicht geringer, sondern erheblicher geworden sind, so liegt das nicht allein an dem Mangel an Organisation, sondern auch an dem Versagen der Produktion. Die Parteiwirtschaft ist bei allen Bemühungen, die Leistungsfähigkeit aufrechtzuhalten, leider nicht in der Lage, den Bedarf zu decken. Das ist eine Tatsache, deren Wirkung auch durch die beste Organisation nicht beseitigt werden kann. Hier tauchen fortgesetzte neue Probleme auf, Hindernisse, die aus der Tendenz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung entspringen, die uns immer wieder Aufschub geben, mit allem Nachdruck die Interessen der Arbeiter zu vertreten, die einer geordneten, gleichmässigen Verteilung der Lebensmittel, einer Erhöhung der Produktion und einer Sicherung der Preisstabilität interessiert sind.

Hier einige Beispiel. Die Firma Gebhardt aus Berlin suchte durch Insolvenz Zuflucht. Wenn sich dann Geschäftsmänner meldeten, so wurde ihnen bedeutet, dass sie wohl anfangen könnten, aber nicht in Berlin, sondern in Wittenberg Brandenburg. Auf diese Weise versuchte die Firma Gehrgeld und Landzulage zu sparen. Einige Kollegen klagen, gegen diese Entscheidung legte sie Berufung beim Amtsgericht ein, wurde aber auch hier abgewiesen.

Der Malermaler Wacker aus Brieselbach arbeitet an den Hallen der Luftschiffwerft in Staaken bei Spandau aus. Mit einigen Ausnahmen waren die Beschäftigten restlos, beigehungswise vom Militär zur Arbeit beschlagnahmt. Trotzdem eine Anzahl Kollegen bereits seit Januar dort beschäftigt wurden, zogte Herr W. erst von Anfang Mai an die Leuerungszulage. Einige Kollegen hatten auch an Sonn- und Feiertagen ohne Aufschlag gearbeitet. Für einen großen Teil der Arbeiten war überwiegendlich der Aufschlag nach § 8 Absatz 5 des Reichsarbeitervertrages mit 50 Pf. pro Stunde zu zahlen. Nach vieler Mühe gelang es endlich, ihn zu einer Verhandlung zu laden. Hier verpflichtete er sich, die Leuerungszulage mit 50 Pf. anstatt mit 5 Pf. zu bezahlen. Ebenso wurde der Aufschlag für die Arbeiten zugestanden, die mit wesentlichen Arbeitserfordernissen verbunden waren.

In Wittenberg musste erst durch eine Karikaturentscheidung die Firma Wacker belehrt werden, dass auch sie die Leuerungszulage zu bezahlen habe. Der Versuch, die tatsächlichen Bestimmungen über Gehrgeld, Landzulage, Aufschläge für Nebenslunden- und Sonntagsarbeit zu umgehen, wird leider auch jetzt noch oft gemacht.

Die Arbeitsgelegenheit hatte sich im vergangenen Jahr gegen 1915 etwas verbessert. Allerdings soll damit nicht gesagt sein, dass die Arbeitsgelegenheit im eigentlichen Malerarbeitsbereich überhaupt genommen hatte. Wenn nach den eingegangenen monatlichen Melbungen im Jahre 1916 etwa 800 Arbeitslose weniger vorhanden waren als 1915, so ist das auf andere Ursachen zurückzuführen. Das geht auch aus den Ziffern des Berliner paritätischen Arbeitsnachweises her vor.

Hier ist die Zahl der Arbeitsuchenden über 8000 geringer als im Vorjahr, aber auch die Zahl der offenen Stellen ist um etwa 2000 zurückgegangen. Diese beiden Zahlen beweisen, dass unsere Kollegen in Industriebetrieben abgemeldet und der Fluktuation nicht mehr so unterworfen sind, wie es im Malerarbeitsbereich immer üblich ist. Dann ist die Beschäftigungsmöglichkeit im Malerarbeitsbereich zurückgegangen, was durch die geringere Zahl der offenen Stellen bemerkbar wird. Natürlich ist hierbei zu beachten, dass die Einstellung in den Industriebetrieben meist ohne Benutzung des Arbeitsnachweises erfolgt.

4. April 1917.  
Werte Kollegen! Es ist nun ziemlich lange her, dass ich etwas von mir hören ließ. So will ich denn heute den Versuch machen, meine Unruhe etwas zu meistern und wieder einige Zeilen mehr schreiben.

Morgen ist Sonntag! Ich was, das ist ja gar nicht mehr, morgen ist ja Dienstag! Das stimmt ja nicht, heute ist's Freitag, also kann morgen nicht Sonntag sein. Es doch mal die Zeitung her, dann werden wir's gleich haben Samstag, den 21. März 1917. Ja, ist denn heute der 21.? Aber sicher. Gar so sicher waren wir aber doch nicht. Und erst ein Zwischenruf, dass doch morgen Löhningstag sei, zerstreute die Zweifel einigermaßen, und es wäre gar nicht mehr nötig gewesen, erst mein Tagebuch zu blättern, um in dem der Tag auch sein Datum hat. Morgen ist's also Sonntag und noch dazu der Palmsonntag. Wie viele Sonntage sind wir nun schon hier draußen und wie viele werden wir fern von der Heimat zu bringen müssen? In diesen Gedankengängen bewegte sich die Unterhaltung, und mancher Sonntag, der von uns in diesem Kriege erlebt wurde und sich durch besondere Vorgänge über die anderen erhob, wurde in Erinnerung gebracht, für mich genügend schon das Wort „Sonntag“, um mich förmlich unzufrieden zu ziehen. Doch zog mich zurück und überließ mich meinen Gedanken, die aber auch mit aller Wucht über mich herfielen.

Das Lager eines Kriegers ist meistens hart und des Nachts dreht man sich öfter als einmal ätzend und steifend um die Längsstäbe. Aber in jölden Stimmungen vergibt man alles, was ringsum sich ereignet, und auch das harde Lager und die beständigen Stöße. Selbst eine Maus, die den Kommiss mit mir teilen will, wird bei ihrer verstoßenen Arbeit nicht gestört. Ich habe meinen Kommiss, soll sie die Königstorle haben.

Das Wort Sonntag will mir nicht mehr aus dem Sinn; als ob's im Kriege einen Sonntag gäbe. Die Tage sind doch alle gleich. Der Dienst, das Essen und selbst die Gläubigen ihren Gottesdienst meist nicht an Sonntagen. Also was macht Du da für Aufhebens und lästiglich ist es doch erst morgen Sonntag, und da kann sie noch manches ändern. So lachte ich meine Gedanken zu

## Aus Feldbriefen unserer Kollegen.

Rußland, Okt. 1917.

Werte Kollegen! Meine letzte Nachricht war aus den Egozien. Nun ist Anfang dieses Jahres in Russland, möchte ich auch einige von hier mitteilen.

Verhandlungen wurde uns bekannt, dass wir die Vogezen, in denen wir so mit Sieg und Sieg vertraut, seit bald zwei Jahren heimlich geworden, verlassen müssen. Und wirklich, am 2. Januar wurden wir abgelöst. In nächster Nähe befanden wir uns im Quartier; die jeweilszeitige Zeit der Feste, von dort setzten wir wieder um ein paar Tage. Am 11. Januar wurde dann meine Maschinengewehrkompanie verladen. Und das unbestimmte „Wohin“ brachte uns in nicht geringe Aufregung. Die ganze Nacht an der Westfront entlang, dann ging es über den Rhein. Die Atmosphäre. Und quer ging es durch unser deutsches Land, vorbei an blühenden Städten und Dörfern, von diesen Kreuzlinien aller Kriege verhüllt, wohin und woher wir das lange, das lange, lange Zeit nur an ein Ende der Zerstörung gewohnt war. Marz, Cassel, Erfurt, Bamberg, Bober, das zerstörte Ostpreußen, Königsberg, Danzig, Elbing, Posen. Bis zum äußersten Südwesten bis zum äußersten Nordosten. Im Güterwagen geturtelt und geschüttelt, eng zusammengedrängt, lagen wir herzlich los, nach fünf Tagen und Nächten endlich in Russland zu landen. Einen Tag Rube, und sofort mussten wir Stellung bezogen. Eine durchtere Kälte setzte ein. Täglich 35 bis 40 Grad. Darauf nicht genügend vorbereitet, haben wir sehr darunter gelitten. Es bedurfte einiger Zeit, bis die zärtige Sonnenstrahlung, Polarmantel und Schuhe, zur Stelle waren. Die Kämpfe an der russischen Seite waren zu gut aufgetreten bestmöglich gestiegen. Die daran anstehende Front daran wir zu besiegen. Die Tüne rennte uns von den Händen. Obwohl sonst ein natürliches Hindernis, hat sie jetzt, da sie ganzlich zugefroren, Gelegenheit zu vielen feindlichen Missionen. Tag und Nacht den ansteigenden Boden, immer in Bereitschaft, den Befestigungen der Russen zu empfangen, bereit mit der gezackten Kälte, waren es die anstrengendsten Tage, die

wir je gehabt. Das Donnern der schweren Geschütze an der Tiefe ließ die hartgefrorene Erde erbebten. Doch nach einigen Tagen war wieder alles ruhig. Die Kälte und die durchsetzenden Schneestürme, weit grösere Feinde als die Russen, verhinderten jede Operation. Menschen und Fahrzeuge versanken im tiefen Schnee. Wir arbeiteten oft bis Mittag, um einen Weg zu bahnen, um uns das nötige Sägeln zum Heizen des Unterstandes herbeizuführen zu können. Und was an der Westfront ein Ding der Unmöglichkeit ist: hier quälten die Unterstände auf beiden Seiten Tag und Nacht, und die Artillerie vertrieb sie bis jetzt alle. Der Deutsche ließ eine solche Idylle wie hier überhaupt nicht zu. Nach sechs Wochen schwerer Strapazen erhielten wir eine dreiwöchige, wohl verdiente Ruhezeit . . .

Am 18. März bezogen wir wiederum Stellung. Die Kälte und Schneestürme, wie wir sie noch nie erlebt, hielten ununterbrochen an. Am 28. März brachte der Südwind das erste Tauwetter. Der einkriechende Regen schwoll die ungewöhnlichen Schneemassen schnell zusammen. Die tiefgefrorene Erde ließ kein Wasser eindringen. Es sammelte sich in den Gräben und Unterständen an, so dass wir uns dessen kaum erwehren konnten. Tag und Nacht wurde „gepumpt“ und geschöpft. Am 6. April um Mitternacht herrschte ein Geiste, dass die in den Unterständen sich befindenden Menschen erschreckt herausstürmten. Auf die herausgehobene Schwäfegergefahr wurde alarmiert. Ein Beriten und Krachen, als ginge alles aus den Fugen; die Dämme gingen auf. Eisbäcken stürmten sich auf, und während sich das endlose Element darüber hinweg, trocknend zuckende Schneestürme, verherrlichte den Weg; das Wasser stieg höher und höher und drang in die Seitenställe ein. Wege und Stege überwältigend. Mit Waffe und Not konnten wir unser Maschinengewehr sowie unsere wenigen Hebelgliedern, stellenweise bis zu den Knieen im Wasser wackeln, bis zur zweiten Linie zurückdringen. Glücklich derjenige, dem welche Strapazen und Aufregungen erspart bleiben. Die Übernachtungen wurden wir abgelöst und konnten daher das Fest der werdenden Natur in Ruhe verleben. Höre es das letzte unter solchen Zuständen kein. Es ist allen besten Übergruß!

Georg Diepenbach, Mitglied der Füsilier-Münchener

Die Hoffnungen, daß es im Wiederaufbaubereich in Ostpreußen für unsere Kollegen viel Arbeit geben wird, hat sich bisher nicht bestätigt. Wenn auch die eigentlichen Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer sehr gut zu tun hatten, so kann man hieraus auf das Malergewerbe noch keine Schlüsse ziehen. Es konnte festgestellt werden, daß sich die Neubauten zum großen Teile auf dem Lande befinden, wobei natürlich der Bau vieler Wirtschaftsgebäude in Frage kommt. In den Städten selbst wurde nur sehr spärlich mit dem Bauen begonnen. Über selbst dort, wo bereits Neubauten ausgeführt waren, waren die Leute zum großen Teil ohne die übliche Malerei und die nötigen Anstriche in den Wohnungen eingezogen.

Auch im vergangenen Jahre ist es leider nicht möglich gewesen, den Rückgang der Mitgliederzahl zu verhindern. Am Jahresende 1916 hatten wir 2888 Mitglieder, während am Schlusse des vergangenen Jahres noch 1888 vorhanden waren. Allerdings wird die Zahl der Neuaufgenommenen durch die Zahl der einberufenen und gestorbenen Mitglieder, also durch den ganz natürlichen Abgang, nahezu aufgewogen. Von den Vitaliern waren 78 weibliche und 37 Univaliden. — Zum Militär eingezogen wurden 1916 noch 828 Mitglieder. Bis zum Jahresende 1916 waren 6888 Mitglieder eingezogen. Also insgesamt bis Ende 1916 im ersten Beigefüllt 6994 Mitglieder. — Zum Militär zurückgemeldet haben sich seit Kriegsbeginn 808 Mitglieder. Als gefallen sind uns bekannt geworden 811 seit Beginn des Krieges.

Über die zentralen Verhandlungen mit den in Frage kommenden Arbeitgeberverbänden, die zu einer Verlängerung des Reichsstaatsvertrages und Gewährung einer Teuerungszulage von 6 und 8 s pro Stunde führten, wird zusammenhängend im Jahrbuch berichtet.

Die Arbeitgeber aus Thorn, die als Ortsgruppe dem Arbeitgeberverband nicht mehr angehören, haben diese Vereinbarung ebenfalls unterschriftlich anerkannt.

In Schwedt wurde der bereits im vorigen Jahre verlängerte Staatsvertrag wieder auf ein Jahr mit der Maßgabe verlängert, daß alle Beschäftigten 6 s pro Stunde Teuerungszulage erhalten.

Die Bewegungen in der Industrie um Erhöhung der Stundenlöhne und Gewährung der Teuerungszulagen waren begreiflicherweise am zahlreichsten, wo die Kriegsindustrie am stärksten vertreten ist. Vorausgesetzt muß werden, daß an dieser Stelle nicht über alle die Fälle, wo Verbesserungen für unsere Mitglieder erzielt wurden, berichtet werden kann. Es können hier nur einige Bewegungen und deren Erfolge aus größeren Betrieben erwähnt werden.

Für Groß-Berlin waren folgende Bewegungen von größerem Interesse. In der Flugzeugindustrie Berlin-Johannisthal, woran 8 Firmen beteiligt waren, wurden neue Vereinbarungen mit Wirkung vom 11. Mai geschlossen. Die Grundlöhne wurden durchweg um 5 s erhöht und nach sechs Arbeitstagen auf 8 s pro Stunde festgesetzt. Die Teuerungszulage für Haushaltungsbosstände wurde auf 22 s, für alle Unverheirateten über 19 Jahre, die nicht Haushaltungsbosstände sind, auf 18 s pro Stunde festgesetzt.

Für dieselbe Gruppe kam am 7. November, mit Wirkung vom 28. Oktober, abermals eine neue Vereinbarung zu stande. Danach wurde die Teuerungszulage für Haushaltungsbosstände jedes Alters um 8 s, für Nichthaushaltungsbosstände um 4 s erhöht. Ferner erhielten sämtliche Beschäftigte, mit Ausnahme der Arbeitnehmer, Hilfsarbeiter und Jugendlichen unter 19 Jahren, eine Lohnzulage von 4 s pro Stunde.

Mit der Firma A. G. G. (Abteilung Flugzeugbau Königsberg) kam eine Vereinbarung mit Wirkung vom 28. Oktober zu stande. Darauf wurden die Stundenlöhne um 10 s, von 1.25 auf 1.35, erhöht.

Bei der Firma Götz (Optische Anstalt) wurde eine Erhöhung der Aufwandspreise um 20 p.M. erreicht. Für unsere Kollegen 100 — dort beschäftigten Mitglieder erhöhte sich

entsprechend. Hilft nichts! Sonntag ist's! In diesem Kampfe unterliege ich, und die Sonntagsgebärdens nehmen ihren Lauf. Wie ein Kaleidoskop ziehen sie vorüber, diese vergangenen Sonntage, schöne und häßliche; selbst die ältesten aus meiner Kindheit melden sich, ja auch jener vorinem Palmsonntag, als ich mit Schulamerasen Palmenweige suchen wollte und statt dessen einen Hasen in der Schlinge fand. — — —

Jener Sonntag, als ich in die Partei eintrat, und der, als ich mein "Verbandsbuch" erhielt, erfüllten meine Gedanken mit besonderem Stolz. Und die Agitationarbeit in den Sonntags-Gewiß, es war manchmal beschwerlich; wenn es gab oft harte Köpfe zu bearbeiten; sie waren oft schwieriger als eine Batterie in Feindeland. Aber wo wäre heute die Arbeiterbewegung, wenn nicht ich und mit mir Tausende, die ebenso dachten, die Sonntage dazu benutzt hätten, um das Evangelium der Arbeit im kleinen zu verbreiten? Meine Gedanken blieben hier stehen, als polsterte sie mir sogen: Sieh Dir den tollen Bau noch einmal an, ehedem war er's, nicht lange, und er ist's nicht mehr! Du hast mit Tausend andern den Bau mit aufgerichtet, hast Deine schönen Sonntage dazu verwendet, nicht aber sind Kräfte am Werk, die ihre Sonntage besuchen, das Bauwerk zu sprengen und zu vernichten. Aber man hat uns doch versprochen, wollte ich bemerken, weiter an mir nicht; denn meine Gedanken ließen mich im Stich. Ich hielt's nicht länger auf der Klappe, ich mußte hinaus. Man hat uns doch versprochen, das läßt mir keine Ruhe mehr. Es jagt mich aus dem Unterstand. Die Nacht ist finster. Schnee, Wald und tiefgrauer Himmel. In der Höhe ist eine Urhöhe, ein Dünenhügel, auf dem treibt's mich hinaus. Ja, verschüle im Schnee. Aber ich muß hinauf, auch jache die Richtung nach der Heimat und schreie aus überkräften: Kollegen, morgen ist's Sonntag, Erholungs-Sonntag! Ihr habt uns doch versprochen, den tollen Bau unserer Organisation unverzerrt zu erhalten! Wollt ihr so lange warten, bis wir kommen? Das kostet mir ein von ferne schallendes Kommen! kommen! und der Südwestwind Schießpulken ins Gesicht.

Seid herzlich begrüßt von Euren: Hans P. C.

der Stundenverdienst von 1.10 auf 1.12 für männliche und von 1.0 auf 70 s für weibliche Mitglieder. — Nur in der Eisenmöbelfabrik von Schulz wurde eine wöchentliche Lohnverhöhung von 1.25 ergiebt.

In der Berliner Nischenmöbelbranche fanden zwei Bewegungen statt. Beim ersten Vorstoß wurden nur 1.3 wöchentliche Teuerungszulage erreicht. Dann setzte die allgemeine Bewegung in dieser Branche, gemeinsam mit den Holzarbeitern im Monat August ein. Nach einigen Streitigkeiten der Unternehmer wurden dann 20 p.M. Teuerungszulage auf die vor Beginn des Krieges gesetzten Löhne zugestanden. Im Durchschnitt machte das für unsere Kollegen rund 10 pro Woche aus. Die bereits gemätherten 1.3 wurden dabei in Rechnung gebracht.

In Spandau bei Potsdam wurde auf der Märkischen Fluggesellschaft im Frühjahr erst eine Teuerungszulage von 5 s durchgesetzt. Ende November verlangten die Beschäftigten eine neue Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es wurde mit Wirkung vom 7. Dezember festgelegt: Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 52½ Stunden. Ein Sonnabend ist um 11½ Uhr vormittags Schluss der Arbeitszeit. Der Mindestlohn für Handarbeiter beträgt 90 s pro Stunde. — Als Teuerungszulage wurden 20 s pro Stunde vereinbart.

In Cölln bei Potsdam wurde auf der Märkischen Fluggesellschaft im Frühjahr erst eine Teuerungszulage von 5 s durchgesetzt. Ende November verlangten die Beschäftigten eine neue Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es wurde mit Wirkung vom 7. Dezember festgelegt: Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 52½ Stunden. Der Einstellungslohn wurde auf 80 s festgelegt. Nach sechsmonatiger Beschäftigung muß der Grundlohn 66 s betragen. Eine weitere allgemeine Erhöhung der Stundenlöhne um 9 s hat am 15. August 1916 zu erfolgen. Ferner wurde eine Teuerungszulage von 6 pro Woche festgelegt.

In Schneidemühl wurde mit den Ostdeutschen Metallarbeitswerken (Flugzeugbetrieb) mit Wirkung vom 30. August 1916 eine Vereinbarung abgeschlossen. Die Arbeitszeit wurde auf 57 Stunden wöchentlich festgelegt. Die Einstellungslöhne betrugen 70 s pro Stunde. Nach sechs Wochen sind 6 s mehr zu zahlen. Als Teuerungszulage erhalten alle Haushaltungsbosstände 15 s, alle Unverheirateten 10 s pro Stunde.

In Dresden haben unsere Kollegen in den Linke-Hoffmann-Werken eine wöchentliche Teuerungszulage von 1.8 und für jedes Kind 50 s extra erhalten, jedoch darf die Zulage 1.450 wöchentlich nicht übersteigen. Beschäftigt sind in diesem Betrieb zurzeit über 200 Berufskollegen.

Im übrigen haben unsere Kollegen in einer Anzahl Maschinenbetrieben neben der allgemeinen Teuerungszulage noch eine weitere Aufbesserung ihrer Löhne um durchschnittlich 6 s pro Stunde erhalten.

In Frankfurt haben unsere Kollegen in den Linke-Hoffmann-Werken eine wöchentliche Teuerungszulage von 1.8 und für jedes Kind 50 s extra erhalten, jedoch darf die Zulage 1.450 wöchentlich nicht übersteigen. Beschäftigt sind in diesem Betrieb zurzeit über 200 Berufskollegen.

Auf den Seeschiffswerften hat es lange gedauert, ehe die Teuerungsverhältnisse etwas Rechnung getragen wurde. Auf der Vulkan-Werft in Stettin wurde eine monatliche Teuerungszulage von 1.6 für Verheiratete und 1.2 pro Kind gewährt. Diese Zulage ist dann im Laufe des Jahres um 50 p.M. also auf 1.9 und 1.8 erhöht worden.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auch für das Weitere aufgebaut in Ostpreußen mit dem Arbeitgeberverband allgemein zu regeln, scheiterte. Teils wegen formaler Bedenken, anderseits war aber auch die Nachfrage nach Arbeitskräften für das Malergewerbe nicht so groß, um die Regelung als ein dringendes Bedürfnis zu behandeln. Unsere Berufskollegen mußten deshalb in den verschiedensten Orten einzeln oder gemeinsam vorgehen, um die Löhne zeitgemäß zu erhöhen. — Soweit Feststellungen gemacht werden konnten, sind die Löhne um 20 bis 40 s gegenüber den üblichen Stundenlöhnen vor dem Kriege erhöht worden. Allerdings sind dort auch Post und Logis sehr teuer. Selbst in Marggrabowa, wo die Kollegen beim Arbeitgeber wohnen, mußten sie allein für Verpflegung 1.21 wöchentlich zahlen, in Lhd. bis 1.26 für Post und Logis. Unter 1.24 war selten ein Logis zu haben.

Zu Lhd. gingen unsere Mitglieder vor. Die Einigkeit brachte ihnen auch einen vollen Erfolg; die Stundenlöhne wurden um 10 s aufgebeffert. Zurzeit werden in Lhd. für Gehilfen 80 bis 85 s pro Stunde gezahlt.

In Margrabowa betragen die Stundenlöhne im Sommer des Vorjahres 70 bis 80 s. Auch hier war es durch den organisatorischen Zusammenhalt der Kollegen möglich, diese Löhne zu erzielen.

Doch im vergangenen Jahre unsere Hauptklasse wieder in der Lage war, zu Weihnachten eine besondere Unterstützung an die Frauen unserer eingezogenen Mitglieder sowie an die arbeitslosen Kollegen zu zahlen, wurde allgemein gut aufgenommen. Auch aus dem Felde sind uns sehr viele anerkennende Zuschriften zugegangen. Im Bereich des ersten Bezirks sind zu Weihnachten etwas mehr als 1.10.000 ausgezahlt worden.

Im übrigen kann mit Befriedigung festgestellt werden, daß die Zusendung unseres "Vereins-Anzeiger" an unsere eingezogenen Mitglieder von allen Gütern mit Eifer durchgeführt wird. Wenn man darüber den häufigen Ausdruck der Freude unserer Kollegen aus dem Felde liest, so kann man ermessen, welchen Wert unsere Mitglieder auf diese geistige Verbindung mit der Heimat und ihrer Organisation legen. Für Mitglieder, deren Filialverwaltungen aufgelöst sind oder für die es an der genügenden Kraft zu Hause fehlt, wird der "Vereins-Anzeiger" von der Bezirksleitung versandt.

Wir lieber Traut gedenken wir auch am Schlusse des vergangenen Jahres all der Freunde und Kollegen, die auf den Kriegsschauplätzen ihr Leben und ihre Gesundheit eingebracht haben. Seit all den Kollegen im Felde aber fühlen wir uns eins in dem schlimmsten Wunsche, daß es doch nun endlich Frieden werden möge.

2. Zukunft.

## Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

**Dresden.** Eine Versammlung, zu der auch die Nichtorganisierten eingeladen waren, tagte hier am 20. April, um das Ergebnis der für Dresden und Umgegend bewilligten Teuerungszulage entgegenzunehmen. In dieser Versammlung wurde gleichzeitig Veranschlagung genommen, des fünfundzwanzigjährigen Bestehens der Filiale Dresden zu gedenken. Kollege Springer wies einleitend darauf hin, daß am 20. bis 22. Februar 1910 tatsächlich des fünfundzwanzigjährigen Bestehens des Verbandes der Hauptvorstand die außerordentliche Generalversammlung nach Dresden einberufen hatte, um mit dieser zugleich das für die deutsche Kollegenschaft wichtige Ereignis durch eine besondere Feier zu würdigen. Das geschah durch den von den Dresden Kollegen veranstalteten Kommers im "Kristallpalast". In Rücksicht auf die tiefste Zeit, in der es weit über tausend Kollegen aus der Filiale nicht vergönnt ist, in unserer Mitte weilen zu können, habe die Filialverwaltung von einer besonderen Feier abgesehen, erachte es aber für notwendig, in dieser Versammlung des fünfundzwanzigjährigen Bestehens unserer Filiale zu gedenken. Redner gab darin einen geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung der Filiale Dresden, indem er die wichtigsten Ereignisse dieser Beipartie, die Lohnkämpfe, die Gestaltung des Arbeitsnachwuchses, den inneren Ausbau der Filiale, die Mitgliederbewegung, die Kostenverhältnisse usw. schilderte. Er hob hervor, daß in den sich einander schrift gegenüberstehenden Gegenseitigen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nach der Auflösung 1914 ein friedlicheres Verhältnis im Tarifwesen wie auch während der Kriegszeit in anderen Fragen eingetreten sei. Da im Februar für den 1. März 1916 generell geregelte Teuerungszulage, die natürlich bei damals schon herrschenden Teuerung entsprechend in leiner Weise genügte, wurde mit einzelnen Ausnahmen von allen Arbeitgebern im Filialgebiet bezahlt. Unter Bezugnahme auf die durch Anregung der Vorstände der am Tarifvertrag beteiligten Organisationen zustande gekommenen Beratungen im November 1916 hat sich, wie aus den aufgestellten Richtlinien hervorgeht, gezeigt, daß auch bei den Arbeitgebern jetzt ein anderer Geist vorhanden sei. Bei diesen Beratungen, bei denen auch die beiderseitige Organisationspflicht besonders betont wurde, war es auch möglich, eine weitere Teuerungszulage anzuregen. Dieser Anregung wurde später durch die Einwirkung des Reichsministers Innern von den Arbeitgebern Rechnung getragen mit dem Vorbehalt, die Zulage nach eigener Entschließung willigen zu wollen. Die diesmalige Zulage solle in den einzelnen Filialen und Bezirken für sich regelt werden. Die Dresdner Arbeitgeber für das Malergewerbe nahmen in einer Versammlung am 21. März dazu Stellung und beschlossen, für die Kreishauptmannschaft Dresden und Bautzen eine Zulage von 10 s pro Stunde auf die bestehenden Löhne zu bewilligen. Da dieser Beschluss erst der Gauleitung zur Bekämpfung überwiesen worden sei, habe sich die Belastung leider um zwei Wochen verzögert. Diese Zulage trete nun am 18. April in Kraft. Obwohl von einigen Firmen die Zulage bereits am 1. April gezahlt worden sei, wurde auf Nachzahlung rückwirkend ab 1. April verzichtet, da dies Schwierigkeiten machen würde. Die Kollegen wurden ersucht, dafür zu sorgen, daß die Zulage in allen Werkstätten gezahlt werde. Weiter wurden die Kollegen ersucht, nunmehr in allen Werkstätten auch den Nichtorganisierten die Freiheit der Organisation vor Augen zu führen und diese sowohl auch die jungen ausgelernten Kollegen dem Verband als Mitglieder zuzuführen. Mit einem Appell, die jetzige gute Arbeitsgelegenheit auszunutzen und unablässig für die Stärkung der Filiale bedacht zu sein, fand die eindrucksvoll verlaufene Versammlung ihr Ende.

## Gewerkschaftliches.

**Die Gauleiterkonferenz des Buchbinderverbandes,** die am 28. April im Berliner Gewerkschaftshause tagte, beschloß einmütig nach eingehender Debatte über alle Vorkehrungen der letzten Zeit, die nachstehende Entschließung den Verbandsmitgliedern zur Kenntnis zu bringen:

"In der Einigkeit liegt unsere Kraft. Das ist ein alter Grundsatz unseres Verbandes, der aber nicht nur im gewerkschaftlichen Kampf, sondern ebenso im Kriege zutrifft. Während der nun fast dreijährigen Kriegszeit haben alle Schichten unseres Volkes zusammengestanden in der Abwehr der dem Deutschen Reich von einer gewaltigen Nehermacht offen angedrohten Entreiung werboller Landstriche, der gewaltigen Ausbeutung Deutschlands und der Unterbindung seines industriellen Lebens. So muß es auch weiter bleiben, bis der Krieg zu einem glücklichen Ende geführt werden kann. Die mit dem Vorstand und dem Vertreter des Ausschusses versammelten Gauleiter des Verbandes sind einig mit der Generalkommission der Gewerkschaften in dem Verlangen, daß dem Kriege möglichst bald ein Ziel gesetzt werde unter Bedingungen, die es fernher wieder ermöglichen, mit den Nachbarländern in Frieden und Freundschaft zu leben, die aber auch die territoriale Unversehrtheit und die wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit des eigenen Landes sicherstellen. Sie sind weiter einig mit allen Arbeitervorganisationen in dem Verlangen nach freiheitlichem Ausbau der inneren Einrichtungen Deutschlands und seiner Bundesstaaten, in dem Verlangen nach Nationierung und gleichmäßiger Verteilung aller im Lande vorhandenen Lebensmittel, in der Bekämpfung wucherischer Ausbeutung des Volkes und in der Forderung der Kriegszeit entsprechenden Arbeitslöhnen.

Unterseits sind wir Unterzeichneten aber auch überzeugt, daß alle Kräfte angepointt werden müssen, um den Bedürfnissen des Heeres und der im Felde verbliebenen Soldaten hinlänglich Rechnung zu tragen. Willkürliche Unterbrechungen des Arbeitsgangs müssen vermieden werden. Auch unsere Tarifgemeinschaften erfordern regelmäßige Arbeitsleistung. Wir warnen deshalb alle unsere Kollegen und Kolleginnen in Übereinstimmung mit dem vom Vorstand unseres Verbandes bereits veröffentlichten Aufruf vor der Beteiligung an wilden Streiks, die der At-

beiträtschaft zurzeit von ungenannten Personen empfohlen werden. Politische und Demonstrationstreits passen nicht in die junge, in mehrfacher Hinsicht gefährdende Zeit.

Wir vertrauen darauf, daß unsere Kollegenschaft bei aller berechtigten Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, für die wir nachdrücklich eintreten, nicht durch Beleidigung an wilden Streiteln sich und ihre Verufsorganisation und es in Wehr zu bringen. Die Organisation ist allem zu geraden Verlust des Krieges und noch Beendigung desselben in der Lage, die wirtschaftlichen Interessen der Kollegenschaft wahrzunehmen und muß deshalb unter allen Umständen hochhalten werden. Weist deshalb alle etwa am Horizont der Einigkeit abzielenden Versuche weit von dir! Darf auch vor Einflüsterungen unverantwortlicher Sicherer!

Die „Textilarbeiterzeitung“ veröffentlicht den Brief einer Fabrikanten aus Nheydt, der den Textilarbeiterverband auffordert, einmal energisch gegen die Unternehmer in Aachen, Düsseldorf, Schlesien usw. vorzugehen; denn „was die hiesigen Fabrikanten zahlen, müssen auch diese zahlen können“. Der „Textilarbeiter“ bemerkt hierzu:

Wir haben schon vor Wochen einmal geschrieben, die Unternehmer könnten jetzt mit erheblich höheren Löhnen zahlen. Der vorliegende Brief zeigt, daß wir nicht zuviel gefaßt haben. Deshalb legen wir noch einmal ganz entschiedene Verwahrung ein dagegen, daß man diejenigen zu Landesvertretern stempeln will, die es als Kriegsnötwendigkeit ansiehen, daß den Arbeitern auskömmliche Löhne geahnt werden. Wir wiederholen noch einmal: Wir haben volles Verständnis für die Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, um den Krieg zu einem für unser Land glücklichen Ende zu bringen. Da wir aber sehen, daß Kapitalistischer Egoismus Handlungen begeht, die nur dazu beitragen, diese Schwierigkeiten zu vergrößern, so sollte man uns Dank wissen, anstatt uns mit dem Buchthaus zu kritisieren, wenn wir dazu beitragen, diese Vergrößerung der Schwierigkeiten zu befämpfen. Wir betonen noch einmal: Die Zahlung ausreichender Löhne ist eine Kriegsnötwendigkeit. Wer dagegen versucht, begibt Landesverrat.

## Gewerbe- und soziale Hygiene.

Über eine neue Behandlungsmethode der Lungentuberkulose macht in der Wiener Kliniken-Wochenschrift der Privatdozent Dr. Otto Borges interessante Mitteilungen. In der modernen Praxis der Tuberkulosebehandlung gehen zwei verschiedene Richtungen von Grundsätzen aus, die einander direkt widersprechen. Die eine Methode, die man die „Atemungsbehandlung“ nennen könnte, will die erkrankte Lunge durch stärkere Atemleistungen kräftigen, während die andere, als „Schonungsbehandlung“ zu kennzeichnende, das erkrankte Organ möglichst ruhig stellt. Beide Methoden dienen dabei für sich und ebensoviel gegen sich. Zweifellos wird durch eine zweckentsprechende Übung die Lunge gestärkt und einem Sichtscheiben von Tuberkelbazillen vorgebeugt, wie es auch die Tuberkulose meist in den Zeilen einsetzt, die beim Atmen am wenigsten bewegt werden: in den Lungenzippen. Außerdem ist es einleuchtend, daß, wie jedes andere verlehrte oder erkrankte Glück Ruhe und Schonung zu seiner Heilung verlangt, dies auch auf die Lunge zutreffen muß. Tatsächlich ist auch erwiesen, daß eine bereits tuberkulöse Lunge durch eine Lebermisch- oder Atmung gejährt wird, die hierdurch die Tuberkelbazillen in noch gesunde Teile der Lunge verlagert werden können. Dr. Borges hat nun die beiden Methoden kombiniert, indem er die bereits erkrankten Teile der Lunge schon, die noch gesunden aber möglichst ausgiebig läuft, indem er sie stärker atmen läßt. Dies läßt sich praktisch ohne große Schwierigkeiten ausführen, da in den meisten Fällen nur die oberen Lappen der Lunge tuberkulös, die unteren aber noch gesund sind, und unser Atemmechanismus es uns erlaubt, willkürlich entweder mit dem Oberlappen oder mit dem Unterlappen zu atmen. Atmen wir mit dem Brustkorb, so werden die Überlappen gelüftet, während die Zwischen- oder Bauchatmung die Unterlappen mit Luft füllt. Alle Lungenkranken müßten also dazu erzogen werden, Zwischenatmung zu werden. Dies kann durch Atemübungen geschehen, die dadurch unterstützt werden, daß man schwere Sandäcke auf die Brust legt. Später legt Dr. Borges den Patienten eine von ihm konstruierte Stützbinde an, durch die die oberen Lungenteile möglichst vollkommen ruhig gestellt werden. Die Kranken sollen sich leicht schnell an die Binde gewöhnen. Dr. Borges hat in den von ihm nach dieser Methode behandelten Fälle auffallende Besserung erzielt. Fieber und Auswurf verschwanden nach weniger Zeit; das Gewicht nahm zu. Hoffentlich befähigen weitere Versuche die Brauchbarkeit der neuen Behandlungsmethode.

## Sozialpolitisches.

Mehr Arbeiterinnen in Deutschland tätig als Arbeiter. Der Zeitpunkt, daß im deutschen Wirtschaftsleben mehr weibliche Personen als männliche tätig sind, ist im Laufe dieses Jahres eingetreten. Nach dem „Reichsstatistikbericht“ gehörten den Konzernkassen am 1. März 1917 als Mitglieder an 3 973 457 Arbeiterinnen, 3 962 625 Arbeiter = 10 892 Arbeiterinnen mehr! Im Januar standen es noch gegenüber 3 958 399 Arbeiter und 3 948 349 Arbeiterinnen, so daß erster 10 050 mehr ausmachten. Ihre Zahl bei dem im Februar um 3226 zugemommen, dagegen die der Arbeiterinnen um 25 108, womit sie das Übermaß über das männliche Geschlecht erreichten. Das Verhältnis ändert sich allerdings, wenn man die mehr als 700 000 vergeschaffenen berücksichtigt, die im deutschen Bürokratiesektor tätig sind, zugunsten der männlichen Arbeiter. Dagegen der fortwährend zunehmende Anzahl der beschäftigten Arbeiterinnen zeigt der weibliche Arbeitsmarkt immer nach einem Überangebot, indem im Monat Februar mit 105 offenen Stellen 112 Arbeitssuchende kamen gegen nur 12 auf dem männlichen Arbeitsmarkt.

Von den Arbeiterinnen entfällt wie von den Arbeitern der größte Teil auf Industrie und Gewerbe, denn folgen

die häuslichen Dienstboten, die Landwirtschaft, der Handel, Verkehr usw.

Seit dem 1. Juni 1914, da die Gesamtzahl der im den Konzernkassen versicherten Arbeiter 11 774 428 betrug, ist sie um 3 838 316 auf 7 936 082 zurückgegangen. Gegenüber dem Stande am 1. Juli 1914 haben aber beide Geschlechter eine Verminderung erfahren, die Arbeiter von 7 886 761 auf 3 962 625, die Arbeiterinnen von 4 287 887 auf 3 973 457. Die gleichzeitige Vermehrung der Industriearbeiterinnen ist auf erhebliche Verschiebungen innerhalb der Frauengruppe selbst zurückzuführen. Einmal erfuhr die Zahl der häuslichen Dienstboten eine Verminderung, desgleichen wohl auch die Zahl der Heimarbeiterinnen, und sodann fand wieder innerhalb der Industrie eine Verschiebung statt, indem zum Beispiel in der Textilindustrie eine Verminderung, in der Metall- und Maschinenindustrie dagegen eine bedeutende Vermehrung der Arbeiterinnen eingetreten ist.

Während des Krieges hat die industrielle Frauenarbeit eine außerordentliche Bedeutung erlangt. Mögen doch auch alle Arbeiterinnen die abwingende Notwendigkeit und ernste Pflicht erkennen, sich mit den Männern den Berufsorganisationen anzuschließen.

Die Entlassung aus dem Heeresdienst nach erfolgtem Friedensschluß soll nach einem von dem Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe erstatteten Bericht derart erfolgen, daß unter Berücksichtigung des Grundsatzes, die ältesten Jahresslossen zuerst zu entlassen, bei Auswahl der zu entlassenden Personen nachgenannte Berufe vorzugsweise Berücksichtigung finden:

1. führende Persönlichkeiten aus dem Bereich des Handels, der Industrie, der Schifffahrt und des sonstigen Wirtschaftslebens;
2. Leiter von Handels-, Industrie- und Landwirtschaftlichen Betrieben und deren Angestellte, zum Beispiel Ingenieure, Werkmeister, Inspektoren;
3. selbständige Gewerbetreibende, Landwirte usw.;
4. Staats-, Provinzial- und Kommunalbeamte, Geistliche, Lehrer, Bedienstete der Staats- und Privatbahnen, einschließlich Klein- und Straßenbahnen;
5. Seefahrer und Fischer;
6. gelernte Arbeiter und Handwerker, soweit sie zugleich in ein festes Arbeitshabitus treten;
7. ungelernte Arbeiter jüngerer Berufe, in denen zugleich ein großer Bedarf an Arbeitskräften vorliegen wird, zum Beispiel Bergbau, Landwirtschaft, Ueberseevertehr, Hafenverkehr;
8. studierende und solche Personen, die sich bei Ausbruch des Krieges bereits in einer Ausbildung für einen Lebensberuf befanden;
9. Auslandsdeutsche, die vor ihrer Einberufung ihren Wohnsitz im Auslande hatten und dorthin zurückkehren wollen.

Die Truppenteile hätten also seinerzeit festzustellen, welche Mannschaften entlassen werden können, wobei als Anforderung die Stellung und angemessener Lebensunterhalt zu gelten hätten. Das wäre die erste Klasse. Dann kämen als zweite Klasse die von den Arbeitgebern persönlich angeforderten Leute. Die dritte Klasse würden die von den Betrieben zahlmäßig angeforderten Leute bilden, wobei die Zentralauskunftsstellen diese Sammelanforderungen zusammenzufassen und über die stellvertretenden Generalkommandos zu den Truppenteilen hinauleiten hätten. Der Rest der Personen, die zwar namentlich angefordert werden, noch zu Zwecken von Sammelanträgen verwendet werden können, ist am längsten unter den Waffen zu halten. Für diese Leute könne unter Umständen die Beschäftigung mit Notstandsarbeiten in Stadt und Land in Betracht, die namentlich von Staats- und Kommunalbehörden für diesen Fall aufgespart sind.

Der Unterstaatssekretär des Reichsamts des Innern führte dazu noch aus, er glaube nicht, daß wir mit einer erheblichen Arbeitslosigkeit nach dem Kriege zu rechnen haben würden, wenigstens nicht in den ersten Jahren. Wir würden nach dem Kriege sowohl unser Heer, als auch unsere innere Wirtschaft und unsere ganze Außenwirtschaft, unser ganzes Exporthandel neu aufbauen müssen, wir würden auch für unsere Wirtschaft möglichst viel exportieren dürfen, wir würden also wahrscheinlich im Gegenteil Arbeitermangel haben, so daß wir in den ersten Jahren nach Friedensschluß für Arbeitslose kaum zu sorgen haben würden. Doch wird auch dafür Vorsorge getroffen, was keine besonderen Schwierigkeiten bieten dürfte, da Staats- und Kommunalverbände zum Beispiel schon eine große Anzahl von Bauten während des Krieges zurückgestellt haben. Der Unterstaatssekretär teilte noch mit, daß die wichtigen Fragen der Arbeitsnachfrage, der Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer, der Frauen- und Jugendlichenarbeit usw. im Reichsamt des Innern vorbereitet bearbeitet, dann einem Beirat aus Interessentreihen, (Städtetag, Landwirtschaft, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, darunter Vertreter der Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen und der Arbeitsnachweisverbände) vorgelegt und nach erfolgter Erörterung mit dem Beirat dann innerhalb der Regierung weiter zur Besiegung der nötigen Vorbereitungen gesetzgeberischer oder verwaltungstechnischer Art bearbeitet werden sollen.

## Literarisches.

Die „Glocke“, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Parus (Verlag für Sozialwissenschaften G. m. b. H., Berlin SW 68). Das eben erschienene Heft 5 enthält unter andern folgende Artikel: Heinrich Gunow: Preuksegeist und Reichsdemokratie. Dr. Paul Lenisch, M. d. R.: Der englische Staat und der deutsche Staat. Wilhelm Tell, M. d. R.: Die zweite Serie der Kriegssteuern. Otto Thomas: Zielpunkte. Paul Hirsch, M. d. A.: Die deutsche Stadtgemeinde im Kriege. Dr. Julius Thilo: Warschauer Eindrücke. M. A. Ossig: Rauch, rasch! Max Barthel: Totter Mussteier. — Einzelhefte 30,-, vierteljährlich M. 3,50 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Monopolfragen und Arbeitersklasse. Drei Abhandlungen von Heinrich Gunow, Otto Hué und Max Schipper. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen

von Wilhelm Janssen. Berlin 1917, Verlag der Buchhandlung Vorwärts. Preis broschiert M. 4, gebunden M. 6.

Die Arbeitsgebiete sind systematisch aufgeteilt worden. Heinrich Gunow: Abhandlung über die Marktmonopole bildet eine prächtige, jedem verständliche Darstellung der bisherigen Entwicklung des deutschen Marktes. Besonders von den letzten Formen der nur Eingangsfragen bei Ein- oder Verkauf regelnden einfachen Konventionen bis zu den festgefügten Interessengemeinschaften, fusionen und Kräusen, die bereits Monopolcharakter erlangen und tiefer das wirtschaftliche Leben des Volkes eingreifen. Diese den Großbetriebs übergeleiteten, bildet das Problem der heutigen Wirtschaftspolitik.

Otto Hué zeigt mit großer Sachkenntnis, wie sich Bergbau, seinem engeren Wirkungsbereich, die wirtschaftlichen Fusionen zum Monopolbetrieb entwickelt haben. Er fordert logisch die Verstaatlichung der Bergbauindustrie und die Monopolisierung des Handels durch das Reich, um die Riesengenossenschaften, die für den gesamten deutschen Bergbau auf 900 bis 900 Millionen Mark jährlich schäuft, dem Privatkapital zu entziehen. Max Schipper untersucht die bisherige Entwicklung der Sozialisten in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Frankreich zu der Frage der Staatsmonopole. Die dokumentarischen Belege, die Schipper aufgegraben hat, zeigen, wie verschieden diese Stellung je nach den inneren politischen Verhältnissen des betreffenden Landes über dem Temperament und der rein subjektiven politischen Auffassung der eingehen.

Im Schlußartikel untersucht der Herausgeber das für und wider die Monopole. Die Entwicklung der privatwirtschaftlichen Monopole habe die Situation für die Arbeiterschaft völlig verändert, weil diese Monopole nicht im Parlament, sondern durch private Vereine geschaffen werden. Nach dem Kriege sei eine Beschleunigung dieser Entwicklung zu erwarten. Die Arbeiterschaft muß daher eine positive Politik in dieser Frage einnehmen und vor allem die gesetzliche Regelung der Monopolverhältnisse unter öffentlicher Kontrolle fordern. Das Ziel müsse die Leitungsführung der Privatmonopole in den Bereichen der Staaten und des Reiches sein. Im Zusammenhang damit beginnen eingehend die grundlegenden Arbeitserfordernisse, darunter Verstaatlichung die Voraussetzung einer gesellschaftlichen Entwicklung auf diesem wichtigen Gebiete der wirtschaftlichen Umgestaltungen nach dem Kriege bildet.

Das Buch gehört zweifellos zu den bedeutenderen Erscheinungen in der reichhaltigen Kriegsliteratur unserer Zeit und sollte die weiteste Verbreitung in den Arbeiterschaft finden, um so mehr, als die Monopolfrage infolge der anstehenden Kriegsausgaben besondere Aktualität erlangt.

Haus, Garten, Feld. Ein Führer durch Garten-, Haus- und Hof für Garten- und Blumenfreunde, Tiergärtner und Tierfreunde, Haus und Gastrilie. Brandstädter Verlagshandlung, Stuttgart, 1917, Heft 2-5. Vierteljährlich 6 Hefte. Zusammen 85,-. Probeheft unberechnet.

Vorher waren so manche der Anstalt, das zum Saatstoffanbau nicht viel gehörte; aber die Kriegsjahre haben den Voreingenommenen gezeigt, daß zum Umbau der Saatstoffe allerhand Kenntnisse und Werken gehören, die gelernt und verstanden sein wollen; denn sonst wären in Gütern auf Oeb., Brach- und Unland nicht beträchtliche Mengen von Saatgut zum Schaden der Allgemeinheit umgetanommen. Dieses Frühjahr treten noch ganz besondere Schwierigkeiten durch die ungünstige Menge des Saatgutes hinzu, worunter namentlich die Gartenbesitzer zu leiden haben. Bedenfalls muß mit den Saatstoffen sehr gespart werden. Glücklicherweise gibt es ja verschiedene Mittel, sie zu strecken. Über die Arbeiten und Versuche, ihre Vorteile und Aussichten sowie ihre Beweisbarkeit berichten in verschiedenen Aufsätzen die uns vorliegenden Hefte 2-5 der Zeitschrift „Haus, Garten und Feld“. Weiter enthalten die Hefte dreier empfehlenswerten Zeitschriften noch eine große Menge Wissenswertes, unter anderm: „Die ersten Auszüge ins Freiland“, „Garten, Saat und Boden-Mittheilung“, „Bedeutung der Übergründenzucht“ und vor allem den ausführlichen monatlichen Arbeitskalender.

## Sterbetafel.

Berlin. Am 2. Mai starb unser seit 24 Jahren dem Verbande angehöriges Mitglied Friedrich Binde (Facharzt), geboren am 31. Dezember 1861 in Falkenberg.

Braunschweig. Am April starb unser Mitglied Wilhelm Deichert, 53 Jahre alt.

Gotha. Am 1. März starb unser Kollege Emil Müller-Rabenstein, 41 Jahre alt, an Lungenerkrankung. — Am 28. März starb unser Kollege Emil Böge, 66 Jahre alt, an Nervenschwäche.

Dresden. Am 30. April starb nach langer Krankheit unser langjähriges, treues Mitglied Emil Rüdiger in Alter von 34 Jahren.

Gotha. Am 28. April verschied unser treues Mitglied Karl Oberthür in Mühlhausen i. Th. im Alter von 27 Jahren an Rippenfellentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

## Vereinstell.

Bericht der Hauptstelle vom 30. April bis 5. Mai.

Eingesandt haben: Elbersfeld M. 250, Köln 500, Dresden 1000, Brandenburg 80, Saarbrücken 50.

Die Woche vom 13. bis 19. Mai ist die 20. Beitragswoche. D. Wentler, Rassier.

Der heutige Ausgabe liegt die Nummer 17 des „Correspondenzblattes“ bei.